

## Positionspapier

### Strompreise

#### I. Forderungen des sgv

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 280 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich die Dachorganisation sgv für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Vor diesem Hintergrund verlangt der sgv

- **komplette Transparenz bezüglich der angekündigten Preiserhöhungen. Die Regulierungsbehörde ECom wird aufgefordert zu prüfen, ob die angekündigten Strompreiserhöhungen in Bezug auf das Stromversorgungsgesetz wirtschaftlich und rechtlich haltbar sind;**
- **dass die ECom auch die Netzkosten überprüft;**
- **zum jetzigen Zeitpunkt konsequenterweise keine Änderungsvorschläge zum Gesetz;**
- **eine erhöhte Garantie für eine Stromversorgung zu günstigen Preisen und kämpft für die Erhaltung bestmöglicher Bedingungen für die KMU auf dem Strommarkt;**
- **im Interesse der KMU die Bekämpfung der unverhältnismässigen Forderungen der Stromproduzenten, die damit die komplette Marktöffnung für 2014 in Frage stellen. Die Bedingungen der zweiten Marktöffnungsetappe dürfen nicht durch ein Referendum gefährdet werden, dafür tragen die Stromproduzenten die Verantwortung, indem sie ihre Preise überprüfen und auf moderate Art und Weise anpassen.**

#### II. Ausgangslage

Die Liberalisierung des schweizerischen Strommarktes ist in zwei Etappen geplant. Ab 2009 können Grosskunden ihren Stromlieferanten frei wählen; für kleine Kunden wie Haushalte und KMU ist dies ab 2014 möglich. Diese zweite Etappe ist allerdings dem fakultativen Referendum unterstellt.

Aufgrund der ersten Öffnungsetappe des Marktes hat die Elektrizitätsindustrie auf den 1. Januar 2009 massive Strompreiserhöhungen angekündigt. Sie rechtfertigt diese Erhöhungen mit der Entwicklung der Energiemärkte auf internationaler Ebene und mit dem von der Politik ermöglichten Preisanstieg der Elektrizität und der Netzkosten (neue Abgaben zur Förderung der erneuerbaren Energien, Anhebung gewisser öffentlicher Gebühren, Verdoppelung der Transportkosten – 50 Mio. ab 2009 – für Hochspannungsstrom durch die Swissgrid, die von der Eidgenossenschaft damit beauftragt ist, die nationalen Hochspannungsnetze zu betreiben). Der Systemwechsel zu einem liberalisierten Markt verlange zudem technische Anpassungen und zahlreiche Investitionen. Doch der sgv kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Elektrizitätswirtschaft die Inkraftsetzung des neuen Stromversorgungsgesetzes dazu benutzt, ihr Netz ein zweites Mal zu amortisieren (Aufwertung des Hochspannungsnetzes).

Die angekündigten Preiserhöhungen betreffen sowohl die Netze (Monopol) – künftig separat abzurechnen – als auch die Energie selbst (Markt), obwohl sich weder bei den Produktions- und Verteilungskosten für Elektrizität noch bei der Qualität der Versorgung etwas Grundsätzliches geändert hat. Gewisse KMU müssen für 2009 mit einer Preissteigerung von 20 bis 50 Prozent rechnen, darunter zahlreiche energieintensive KMU (wie Bäckereien oder Giessereien), deren Stromrechnungen sich vervielfachen würden.

Angesichts der vorliegenden Fakten sind die Strompreiserhöhungen schwer zu begreifen. Die Versorgungsgarantie macht zwar Investitionen in die Verteilernetze nötig, doch stehen die nun angekündigten Preiserhöhungen in keinem Zusammenhang mit diesen Investitionen, weshalb das geplante Vorhaben unverständlich ist. In der Schweiz wird Elektrizität grösstenteils von industriellen Werken produziert und über Netze verteilt, von denen die meisten schon vor der Öffnung des Marktes amortisiert worden sind. Es geht also nicht an, dass die Konsumenten diese ein zweites Mal bezahlen. Deshalb muss an die Verantwortlichkeit der Stromproduzenten gegenüber den Konsumenten appelliert werden: sie müssen ihre Tarife überdenken und korrigieren.

Wenn der Strompreis schon nicht der tiefstmögliche sein kann, muss er zumindest gerechtfertigt sein. Doch zurzeit gibt es zu viele unbekannte Grössen, dass man davon überzeugt sein könnte.

Als Folge der wahren Protestflut aus allen politischen Lagern hat im Parlament während der Herbstsession eine dringliche Debatte stattgefunden. Parallel dazu sind bei der Aufsichtsbehörde, der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (EiCom), zahlreiche Klagen eingereicht worden. Sämtliche Wirtschaftskreise sind angesichts dieser massiven Preissteigerungen beunruhigt, denn die Wettbewerbsfähigkeit unserer KMU steht auf dem Spiel, und diese neuen finanziellen Belastungen treffen sie mit voller Wucht zu einem Zeitpunkt, wo die wirtschaftliche Lage relativ fragil ist.

Bis am 1. Januar 2009 muss nun von der EiCom geprüft werden, ob die angekündigten Preiserhöhungen tatsächlich gerechtfertigt sind. Im Falle einer missbräuchlichen Anhebung der Strompreise muss die EiCom rückwirkend Preissenkungen verlangen.

### III. Generelle Beurteilung der Vorlage

**Für das Gewerbe gehört eine günstige und effiziente Stromversorgung zu den Hauptprioritäten.** Bereits hat die Linke mit einem Referendum gegen die zweite Marktöffnungsetappe gedroht. Der sgv ist bereit, dagegen anzutreten, denn er will, dass langfristig alle KMU von einer kompletten Marktöffnung profitieren können. Der sgv ist der Meinung, dass ein Monopol die KMU in eine unkomfortable Lage versetzt, in der sie ihre Lieferanten nicht frei wählen und so mit der Konkurrenz nicht mithalten können.

In der ganzen Strompreisfrage sind die KMU klar benachteiligt und stark betroffen von den auf Anfang 2009 angekündigten Preiserhöhungen. Für viele von ihnen besteht das Risiko, dass die neu anstehenden Stromrechnungen schlicht nicht tragbar sind, indem sie mittel- und längerfristig einen Gewinnverlust und eine Schwächung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verursachen, was wiederum die Arbeitsplatzsicherheit bedroht.

Das Unverständnis für die unverhältnismässigen Erhöhungen ist umso grösser, als bislang genaue Zahlen und Fakten nicht bekannt sind. Der Bundesrat und die EiCom werden die ersten Verifikationsberichte nicht vor Ende 2008 veröffentlichen. Bis dann müssen auch die Stromproduzenten Verantwortungsbewusstsein zeigen und das Niveau ihrer Preiserhöhungen überdenken. Ein Boykottaufruf ist jedoch nicht wünschenswert und würde vom sgv nicht unterstützt.

Obwohl ein Teil der Tarifierhöhungen erklärbar ist, muss man doch feststellen, dass auf dem Markt Intransparenz herrscht, von der man mit Sicherheit nur sagen kann, dass sie den Konsumenten nicht zugute kommt. Momentan gibt es zu viele unbekannte Faktoren, und die Preistransparenz muss hergestellt werden.

#### **IV. Fazit**

##### **Kurzfristig**

- Die KMU sind empört über die Entwicklung der Strompreise und machen sich Sorgen um ihre Wettbewerbsfähigkeit; sie fühlen sich ungerechterweise mit einer neuen Steuer belastet.
- Das Postulat Stähelin (08.3280) und die Motion Ineichen (mit Ausnahme von Punkt 3 'Moratorium für 6 Jahre') werden vom sgv unterstützt. Der Bundesrat wird damit beauftragt, einen Bericht zur Entwicklung der Strompreise, zu den beeinflussenden Faktoren und zu den voraussichtlichen Folgen für die schweizerische Wirtschaft zu erstellen. Parallel dazu fordert der sgv seine Kantonalverbände auf, bei kantonalen und kommunalen Elektrizitätslieferanten zu intervenieren und Erklärungen zu diesen Preiserhöhungen zu verlangen.
- Die Aufsichtsbehörde EICOM muss rasch überprüfen, ob die angekündigten Erhöhungen des Strompreises in Bezug auf das neue Stromversorgungsgesetz wirtschaftlich und gesetzlich gerechtfertigt sind. Sie muss sich auch zu den Netzkosten äussern.
- Weil genaue Zahlen noch nicht bekannt sind, ist es konsequenterweise zu früh, eine mögliche Änderung des Gesetzes ins Auge zu fassen.
- Der sgv kämpft für die Erhaltung bestmöglicher Bedingungen für die KMU auf dem Strommarkt und damit für die Interessen der Stromkonsumenten.

##### **Langfristig**

- Der sgv fordert eine sichere Stromversorgung zu günstigen Preisen für unsere KMU sowie eine strategische Unabhängigkeit bei ihrer Versorgung.
- Zu diesem Zweck appelliert der sgv an die Verantwortung der Stromproduzenten: sie müssen ihre Preiserhöhungen reduzieren und langfristig eine sichere Stromversorgung garantieren. Die Diversität des Strom-Mix (Nuklear, Erneuerbare-, Wasserenergie) muss den KMU entgegenkommen.
- Die komplette Marktöffnung für das Jahr 2014 ist eine von allen KMU begrüßte Etappe, und diese zweite Etappe darf nicht durch ein Referendum gefährdet werden. Deshalb müssen die Stromproduzenten ihre Preise anpassen und alles unternehmen, damit die Preissteigerungen im Rahmen der Gesetzesverordnungen limitiert bleiben.

Bern, 22. Oktober 2008

##### **Dossierverantwortliche**

Agathe Tobola Dreyfuss, Politische Sekretärin sgv  
Telefon 031 380 14 25, E-Mail a.dreyfuss@sgv-usam.ch